

Rente steigt zum 1. Juli um 1,1 Prozent

Ältere müssen vom Aufschwung profitieren!



Das **soziale** Deutschland.

Rentnerinnen und Rentner sollen in diesem Jahr wieder angemessen an der guten wirtschaftlichen Entwicklung und am Aufschwung beteiligt werden. Darum hat SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz zusammen mit der Führung der Großen Koalition entschieden, dass zum 1. Juli 2008 die Renten um 1,1 % steigen können – doppelt so viel wie gesetzlich vorgesehen.

Die Erhöhung der gesetzlichen Renten richtet sich bei uns maßgeblich nach dem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter. Allerdings sind die Löhne im vergangenen Jahr in Deutschland entgegen den Erwartungen von Experten mit 1,4 % nur mäßig gestiegen. Zusätzlich dämpfend auf die Rentenerhöhung wirken die steigenden Beiträge der Beschäftigten für ihre zusätzliche private Vorsorge, die seit 2003 bei der Rentenanpassung mit einem jährlichen Anstieg von 0,5 % berücksichtigt werden (Riester-Treppe). Diese Steigerung wird für zwei Jahre ausgesetzt. Ohne diese Maßnahme hätten die Renten in diesem Jahr nur um 0,46 % angehoben werden können.

Auch mit der Rentenerhöhung um 1,1 % wahren wir unser Ziel der Beitragssatzstabilität. Der Beitragssatz wird bis 2020 nicht über 20% und bis zum Jahr 2030 nicht über 22 % liegen. Die generationengerechte Ausgestaltung und die langfristige finanzielle Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben gewahrt

Vom Aufschwung müssen alle profitieren.

Der geringe Anstieg der Bruttolöhne im letzten Jahr macht aber auch deutlich, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz guter Konjunktur und steigender Beschäftigung bislang nur unzureichend vom Aufschwung profitiert haben. Vor allem weil immer mehr Menschen zu Niedriglöhnen arbeiten, sind die durchschnittlichen Bruttoverdienste nur so gering angestiegen – mit der Folge, dass auch die Rentenerhöhung gering ausgefallen wäre.

Flächendeckende Mindestlöhne nutzen allen.

Für uns Sozialdemokraten gilt aber: Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht dafür bestraft werden, dass der Niedriglohnbereich sich in Deutschland immer mehr ausdehnt und die Zahl der ordentlichen Tariflöhne weiter abnimmt. Es ist daher auch im Interesse der Rentnerinnen und Rentner, dass endlich flächendeckende Mindestlöhne in allen Branchen eingeführt werden, wie es die SPD fordert. Damit könnten die Beschäftigten nicht nur höhere eigene Rentenanwartschaften erwerben, sondern auch von ihrer Arbeit im Ruhestand gut leben.